

Die Rückabwicklung von Merkels Erbe

Stand: 01.03.2022 | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Thomas Vitzthum**
Politischer Korrespondent



Quelle: picture-alliance/ dpa

Infolge des Ukraine-Kriegs erweisen sich zentrale Entscheidungen von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), an denen bisher nur Zweifel bestanden, als gravierende Fehler. Ihr Vertrauen in die Macht von Verträgen war zu groß. Die Ampel muss mit dieser Regel brechen.

Als Angela Merkel (CDU) am 1. November 2018 nach Kiew flog, ratterte sie auf dem Weg zahllose Namen herunter, von denen die mitreisenden Journalisten noch nie gehört hatten. Nicht nur die wichtigen Oligarchen der Ukraine, auch Provinzgrößen in den Separatisten-Gebieten des Landes kannte sie; die gerade installierten und die eben abgetretenen.

Selbst mehrere Straßenbrücken, die für das Minsker Abkommen eine Rolle spielten. Die Kanzlerin hatte sich tief in den Konflikt, der im Osten tobte und vier Jahre zuvor durch die

Annexion der ukrainischen Krim durch Russland seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte, involvieren lassen.

Merkel schindete damit Eindruck. Die Kanzlerin war 2017 nicht nur deshalb in den Augen der „New York Times“ (<https://www.nytimes.com/2016/11/13/world/europe/germany-merkel-trump-election.html>) zur „Verteidigerin des Freien Westens“ geworden, weil mit Donald Trump einer ins Weiße Haus einzog, der die Nato verächtlich machte. Explizit wurde damals der diplomatische Einsatz als zentrales Element von Merkels Wirken genannt.

Und in Deutschland entstand der Eindruck, Weltpolitik, vor der sich die Deutschen so lange gescheut hatten, ließe sich nur mit Verträgen machen und absichern. Vielleicht deshalb war Merkel nie mit der Titulierung als Verteidigerin des Westens glücklich, weil sie doch einsah, dass diese Verteidigung durch sie nur mit Worten und Unterschriften erfolgen konnte; dass aber echte Verteidiger auch bereit sein müssten, zu den Waffen zu greifen.

An dem kalten nebligen Novembertag 2018 (</politik/deutschland/article183131434/Angela-Merkel-in-der-Ukraine-Wo-sich-die-Kanzlerin-noch-gebraucht-fuehlt.html>) in Kiew sagte sie: „Wir haben nichts anderes als den Minsker Prozess. Deshalb ist es wichtig, dass die Ukraine die Verpflichtungen erfüllt.“ Die Ukraine! Die Attackierte. In Berlin war man der Ansicht, dass dieser Konflikt die richtige Kragenweite für die Deutschen habe. Anders als jener in Libyen einige Jahre zuvor oder gar in Syrien. Es war eine bewusste Entscheidung, die Vermittlerin zu spielen. Eine – aus heutiger Sicht – fundamentale Selbstüberschätzung.

Bei ihrem Besuch in Kiew vier Jahre zuvor hatte Merkel schon betont: „Eine militärische Lösung wird es nicht geben.“ In Joe Bidens Buch: „Versprich es mir“ von 2017 schildert der damalige US-Außenminister die tiefe Abneigung Merkels während der Münchner Sicherheitskonferenz, sich auch nur gedanklich mit Waffenlieferungen auseinanderzusetzen.

Seinerzeit wie schon 2014 aber wünschte sich der amtierende ukrainische Präsident Petro Poroschenko nicht nur Geld und die Vermittlerrolle Deutschlands, sondern eben auch Waffen. Vergeblich. Merkel hatte ihre Verträge.

2014 war Merkel genau 75 Jahre und einen Tag nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Pakts nach Kiew gekommen ([/politik/deutschland/article131526607/Merkel-beweist-Putin-dass-sie-Symbolpolitik-kann.html](https://politik/deutschland/article131526607/Merkel-beweist-Putin-dass-sie-Symbolpolitik-kann.html)). „Wir beteiligen uns nicht mehr daran, Unheil zu stiften“, sagte sie dazu später. Die Ukrainer wollten aber eigentlich, dass Merkel genau am Jahrestag des Pakts anreist. Das schlug sie aus.

Keine Provokationen in Richtung Russland! Macht- oder Symbolpolitik? Allenfalls in kleinen Dosen. Merkel war darin ganz Vertreterin jener postheroischen Gesellschaft, der sie vorstand.

Dazu passte, dass die deutschen Medien sich vor allem mit ihrem angekündigten Rückzug vom Amt der Parteichefin wenige Tage zuvor beschäftigten. Merkel war Kanzlerin eines Landes, das erst mit dem 24. Februar 2022 und dem Einmarsch Russlands aus der Illusion erwacht ist, dass Geschichte nur im Moment ihrer Aufarbeitung und Bewältigung und nicht in ihrer Revision passieren darf.

Mit dem russischen Einmarsch wirken die zitierten Sätze Merkels jetzt wie ein Irrtum. Was Deutschland und Europa seit wenigen Tagen erleben, ist nichts weniger als die Rückabwicklung der merkelschen Politik, mittels Verträgen mit Despoten den Frieden und Freiheit zu garantieren. Und das längst nicht nur in der Außenpolitik. Die Rückabwicklung erfolgt ebenso in der Verteidigungspolitik, in der Energiepolitik.

Bundeswehr für parteipolitischen Schachzug benutzt

Die Ampel hat eine Aufrüstung der Bundeswehr beschlossen, wie sie unter Merkel undenkbar war; auch weil der Koalitionspartner SPD hier niemals mitgegangen wäre. Das gehört zur Wahrheit.

Der Aussetzung der Wehrpflicht unter Schwarz-Gelb 2011 folgte keine ausreichende Professionalisierung der Bundeswehr als Berufsarmee. Die Aussetzung diente dazu, Geld zu sparen. Ihr politisches Gewicht hat Merkel in der Folge auch nicht mehr für die Bundeswehr eingesetzt.

Das zeigte auch ihre Personalpolitik: Die völlig unerfahrene Annegret Kramp-Karrenbauer sollte sich als angeschlagene CDU-Chefin in einem Ministeramt beweisen und erhielt dafür das Verteidigungsministerium.

Das geschah gerade nicht, weil sich Merkel viel von ihr als Chefin der Truppe versprach. Merkel zwang Kramp-Karrenbauer die Truppe aus parteipolitischen Kalkül auf. Und die Tradition besteht noch fort: Die aktuelle Besetzung mit Christine Lambrecht (SPD) folgte dieser Logik.

Noch ungnädiger fällt der Blick auf die Energiepolitik ([/politik/deutschland/article237212353/Greenpeace-Chef-Apokalyptische-Denke-bringt-uns-nicht-weiter.html](https://politik/deutschland/article237212353/Greenpeace-Chef-Apokalyptische-Denke-bringt-uns-nicht-weiter.html)) Merkels aus. Die Abschaltung der Kernkraftwerke nach dem Reaktorunfall von Fukushima, die dieses Jahr abgeschlossen wird, diente einem gesellschaftspolitischen und einem parteipolitischen Ziel. Das Konfliktthema Atomkraft sollte verschwinden. Dem Machterhalt, der Befriedung im Inneren opferte sie eine Schwächung nach außen. So begab man sich in noch mehr Abhängigkeit von russischen Energielieferungen.

In Merkels Amtszeit fällt auch der geplante Kohleausstieg. Der Leitungsausbau von Nord nach Süd kam nicht voran. Gas wurde so zur unabdingbaren Brückentechnologie – für eine nicht näher spezifizierte Zeitspanne. Die Deregulierung des Gasmarkts, die zu historisch niedrigen Füllständen in den Gasspeichern dieses Jahr führte, fällt ebenfalls in ihre Zeit. Nun verspricht die Ampel nur noch: „Jeweils so viel Markt wie möglich und so viel Versorgungssicherheit wie nötig.“

Der Markt muss sich der Machtpolitik unterwerfen. Nicht umgekehrt. Es ist gut möglich, dass dies einer linken Regierung viel leichter fällt als einer konservativen. Merkel hielt bis zuletzt an Nord Stream 2 ([/politik/deutschland/plus237207583/Schwesig-SPD-Kann-demonstrative-Zerknirschung-sie-politisch-noch-retten.html](https://politik/deutschland/plus237207583/Schwesig-SPD-Kann-demonstrative-Zerknirschung-sie-politisch-noch-retten.html)) als „privatwirtschaftlichem Projekt“ fest, was sich ihr Nachfolger Olaf Scholz (SPD) anfangs zu eigen machte. Bis es nicht mehr ging. Nun liegt eine milliarden schwere Investitionsruine in der Ostsee.

Das Kernproblem der Merkel-Jahre war die Zurückhaltung bei der Formulierung deutscher Interessen. In der Außen-, Sicherheits-, globalen und europäischen Wirtschafts- und Energiepolitik weiß Deutschland eigentlich heute nicht, was es will. Das Bild der deutschen China-Politik blieb deshalb auch unscharf. Eine europäische Antwort auf das Seidenstraßen-Projekt fehlt.

Und Afrika-Politik machte Merkel erst, als sie durch die Migranten-Bewegungen über das Mittelmeer dazu gezwungen wurde. Doch selbst dort beschränkte sich das Interesse darauf, die Gründe für die Wanderung zu minimieren.

Das Denken in Einflusssphären, in machtpolitischen Kategorien, in Eindämmung, Abschreckung, Autarkie, wirtschaftlicher Potenzsteigerung war ihre Sache nicht. Und bis dato auch nicht des überwiegenden Teils der deutschen Bevölkerung.

Angela Merkel ist ein großer Richard-Wagner-Fan. Von den Erbauern seiner Burg glaubt Wotan im „Rheingold“: „Durch Vertrag zähmt ich ihr trotzig Gezücht.“ Einer der beiden, Fasolt, schleudert ihm entgegen: „Was du bist, bist du nur durch Verträge.“ In der „Walküre“ muss Wotan zugeben: „Der durch Verträge ich Herr, den Verträgen bin ich nun Knecht.“ Am Ende dämmert es den Göttern.

Da ist es zu spät.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/237238173>